

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt  
Tageblatt Riesa.  
Bismarckstr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt  
Dresden 1330.  
Verlag:  
Riesa Nr. 22.

Nr. 136.

Freitag, 14. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Auszüge für die Kammer des Landtages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Bezugspreis für Bewilligte höher, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Untertagebeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Was wird mit der Saar?

Die Welt hat aufatmet, als die Einigung in Paris nach allen Krisen und Schrecknissen schließlich doch noch erfolgte. Aber glatte Bahn liegt deshalb doch noch nicht vor Europa. Es hätte keinen Zweck, sich die Schwierigkeiten zu verhehlen, die nun im Anschluß an Paris noch zu überwinden sind. Dem künftigen Menschenverstand würde es natürlich als einfache Folgerung aus der Logik der gegebenen Tatsachen erscheinen, wenn aus der Verständigung über die Reparationsfrage raschstens alle anderen Kriegsüberbleibsel beseitigt würden, die ja zum größten Teil angeblich nur der Sicherung der Reparationsansprüche dienen sollten. Da ist neben der Frage der Rheinlandräumung vor allem die Saarfrage zu erwähnen. Die Freigabe des Saargebietes erscheint auch deshalb um so angebrachter, als ja gar kein Zweifel über die Nationalität seiner Bevölkerung und über deren Wunsch bestehen kann, mit Deutschland verbunden zu bleiben. Was, was Frankreich versucht hat, um sich auch das Saargebiet noch dauernd einzuverleiben, ist als künftliches Wanderver in den Augen der ganzen Welt rasch entlarvt worden. Selbst in der vergifteten Atmosphäre der Versailler Friedensabhandlungen konnten Clemenceau und Lardieu mit ihren Versuchen, das Saargebiet zu erobern, nicht durchdringen. Was es für die Besetzung des Elbsaals von Deutschland, für die Schaffung des unnötigen polnischen Korridors und für den Raub aller deutschen Kolonien noch diplomatische Formeln zur Verhüllung des Unrechts, so ließen sich solche für eine Annexion des Saargebietes beim besten Willen nicht finden. Sogar Präsident Wilson, der von den europäischen Verhältnissen, die zu regulieren er sich vorgenommen hatte, wenig genug verstand, machte bei den französischen Attentatsversuchen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Saarbewohner nicht mit. Er drohte, die Friedenskonferenz zu verlassen. Er wurde dann freilich von den schlauen Franzosen doch wieder eingewickelt. Sie schlugen eine besondere Regelung vor, die der äußeren Form nach den demokratischen Anschauungen des Amerikaners Rechnung trug, obwohl sie dem Inhalt nach nur dazu bestimmt war, den Franzosen noch eine Möglichkeit offenzulassen, die in Versailles noch nicht erreichte Einverleibung des Saargebietes in den kommenden Friedensjahren weiter zu verfolgen. So wurde die Abstimmung für das Jahr 1935 vorgesehen, für die sich irgendein sachlicher oder moralischer Grund beim besten Willen nicht anföhren läßt, so wurde das Saargebiet vollständig schon zu Frankreich geschlagen und durch französische Schulen und andere zweifelhafte Maßnahmen eine freilich vergebliche Beeinflussung der Meinung versucht. Ein trauriges Kapitel der Geschichte des 20. Jahrhunderts, das Frankreich wenig Ehre macht. Es würde sich selbst am meisten nützen, wenn es jetzt im Anschluß an die Pariser Einigung endgültig auf seine Annexionspolitik an der Saar verzichten wollte. Würde es wirklich die politische Torheit begehen, die Abstimmung von 1935 abzuwarten zu wollen, so ließe sich jetzt schon mit Bestimmtheit eine vernichtende Enttäuschung des französischen Imperialismus voraussagen, wobei er zum Schaden auch noch den Spott ernten müßte. Die Stimmung zwischen Frankreich und Deutschland würde aber in den kommenden 6 Jahren durch eine derartige falsche Behandlung des Saarproblems, das, sachlich betrachtet, überhaupt kein Problem ist, eine gar nicht wieder gutzumachende, die internationale Atmosphäre in ganz Europa verderbende Befahrung erfahren.

## Konferenz der Ministerpräsidenten?

au. Berlin. Während Stresemann und Briand in Madrid eine Verständigung darüber suchten, wo sich die politischen Vertreter der Reparationsregierungen wegen der Beratung des Sachverständigenrats treffen sollen, kommt aus London die Meldung, MacDonald wüßte die Ministerpräsidenten der beteiligten Mächte in London zu vereinigen, um hier die Reparations- und Räumungsfrage endgültig zu erledigen. Auch an Berliner maßgebender Stelle ist bekannt, daß tatsächlich bereits zwischen den beiden Außenministern in Madrid Baden-Baden als Konferenzort ausgetüchtelt worden sei. Der Wunsch MacDonalds würde dieses Übereinkommen umwerfen und er würde an sich die bisher mit der Reparationsfrage betrauten Außenminister schwer verletzen. Wie wir hören, wird die Neuerung MacDonalds eine diplomatische Unterhaltung notwendig machen, die die Differenz zu schlichten hat.

## Der kommunistische Parteitag zur Wehrfrage.

X Berlin. Auf dem kommunistischen Parteitag warnte gestern der Abgeordnete Kowalew in Ausführungen zur Wehrfrage die Delegierten, im Lande nicht etwa zu sagen, die SPD. lehne die Wehrmacht ab. Wir sind, so sagte er, zwar gegen jedes kapitalistische Kriegsunternehmen, wir sind aber für jeden Krieg, der im Interesse der Revolution und gegen den Kapitalismus geführt wird. Für uns ist der Krieg nichts anderes als die Fortsetzung des Klassenkampfes mit anderen Mitteln. Wir lehnen jede Form aller kapitalistischen Kriege ab, wir bejahen aber die Wehrkraft durchaus, wenn es sich um die Wehrhaftigkeit des Proletariats handelt. In diesem Sinne kann man die Katastrophen als erste Stappengehete der großen Revolution betrachten. Zum Schluß erklärte der Redner noch, die Kommunisten wüßten über Dogenität ganz bis auf

## Die Finanzlage Sachsens äußerst schwierig.

Bestimmte Erklärungen des Finanzministers.

### Haushaltsauschuss A

In der heutigen Sitzung des Haushaltsauschusses A gab der Finanzminister in längeren Ausführungen einen Überblick über die Finanz- und Finanzlage des Landes. Die im Staatshaushaltsplan für 1929 vorgesehenen Einnahmen beruhen hauptsächlich auf Erhöhungen. Durch die Finanzgebahrung im Reich hätten sich die Ueberweisungsteuern zum Gunsten der Länder geändert. Die Vergrößerung der außerordentlichen Einnahmen durch den Betrag von 1,8 Milliarden übersteigende Aufkommen in Einkommensteuer zum Ausbau der Sozialversicherung, speziell der Knappschaft, verwendet werden muß, so daß den Ländern kein Anteil an etwaigen Aufkommenssteigerungen zufalle. Für das laufende Etatsjahr habe Sachsen mit folgenden Winderungen zu rechnen: 10,8 Mill. Mark aus Einkommensteuer und 1,1 Mill. Mark aus Körperschaftsteuer. Demgegenüber dürften Mehreinnahmen leben: bei der Umsatzsteuer 1 Mill. Mark, Kraftfahrzeugsteuer 0,8 Mill. Mark, Kennzeichensteuer 0,15 Mill. Mark, so daß insgesamt mit einer

### Winderinnahme von rund 10 Mill. Mark

zu rechnen sein werde. Zu berücksichtigen sei ferner die demnächstige Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne und die unumgängliche Steigerung des Zinsfußes für verbindliche Staatsverpflichtungen. Bis Ende Juni seien übrigens beträchtliche Posten von Schenkungen einkaufsen. Der A.-G. Sächsische Werke soll ein weiteres Aktienkapital in Höhe von 15 Mill. Mark zur Verfügung gestellt werden. Insbesonderer und Amortisation für Anleihen erforderten ebenfalls ansehnliche Beträge. Zu den etwa 36 Mill., die die Staatshauptkasse bis Ende Juni zur Verfügung zu stellen habe, würden noch Schalter und bergleichen hinzutreten, so daß es sich demnach um einen Geldbedarf von rund 62 Mill. Mark handelt. Die Kassenlage sei äußerst angespannt. Angesichts der schweren Finanzlage im Reich seien die geordneten Steuerüberweisungen von dort zurzeit durchaus nicht gewährleistet.

Sachsen habe gegen die Auffassung des Reichsfinanzministers, Länder und Gemeinden hätten zurückzutreten, ersten Protest erhoben, zumal das Eigentumsrecht der Länder und Gemeinden am Steuern aufkommen unberührt sei.

Für die Aufnahme von Schenkungen seien zwar Vorbereitungen getroffen, der Geldmarkt liege aber sehr schwer, und der Auslandsmarkt sei fast völlig verschlossen. Die Inanspruchnahme der sächsischen Sparkassen und der Girozentrale werde kaum zu umgehen sein. Leider fehle es zurzeit an einer geeigneten Bestimmung, die diese Geldinstitute verpflichtet, für den Staat Mittel bereitzustellen. Die Kreditreserve der Staatsbank werde ebenfalls herangezogen.

Unter dieser Sachlage würde die Durchführung des Staatshaushaltsplans zu leiden haben. Die Regierung müsse sich alles vorbehalten. Die Ausgaben des Landes in dem am 1. April begonnenen Etatsjahr übersteigen die Einnahmen um etwa 26 Mill. Mark. Für Einstellungen im außerordentlichen Staatshaushaltsplan seien bereits 3,2 Mill. Mk. ausgegeben worden. Für Wohnungsbau und staatliche Be-

dürfnisse hätten sonst von der Landesversicherungsanstalt Mittel zur Verfügung gestanden. Neuerdings müßten aber die Träger der Invalidenversicherung insgesamt 184 Mill. Mark Reichsschatkassenweisungen übernehmen. Dadurch entgingen dem Lande Sachsen etwa 18 Mill. Mark. Die Beschaffung der im außerordentlichen Staatshaushaltsplan auf das Jahr 1929 vorgesehenen Mittel im Betrage von etwa 60 Mill. Mark bereite viel Sorge. Es gebe kaum noch einen Weg, für Fehlbeträge im ordentlichen Haushaltsplan Mittel aufzubringen.

Politische, soziale und wirtschaftliche Maßnahmen der Länder würden durch die Maßnahmen des Reiches erheblich gefährdet. Die Regierung werde demnach dem Landtag Vorschläge zur Stärkung von Etatspositionen unterbreiten.

In der Aussprache nahm Abg. Heilmann (Soj.) scharf Stellung gegen den Finanzminister, dessen Politik er als Winderinnahmen im Lande verantwortlich machte. Abg. Heilmann berief sich dabei auf das Wahlhandbuch der Wirtschaftspartei, aus dem er entnommen habe, daß dem Lande Sachsen durch die neuerliche Finanzpolitik 49 Mill. Mark Steuern entgangen seien. Der Finanzminister treibe Sozialpolitik. Abg. Dr. Müller (Dsp.) betonte die Notwendigkeit einer nochmaligen öffentlichen Erörterung, um an den Ausführungen des Finanzministers Stellung nehmen zu können. Erforderlich sei, daß die geschäftsführende Regierung nunmehr ungehindert etwa geplante Änderungen zum Etat dem Landtag vorlege. Einbehalten des Landtags müßten von der Regierung auch erfüllt werden. Abg. Claus (Dem.) bestritt, daß die Finanzlage des Landes ungünstig sei. Es handele sich lediglich um die Kassenlage, die alljährlich um diese Zeit Bemerkungen aufweise. Man müsse prüfen, ob weitere Einschnitte in die A.-G. Sächsische Werke geboten seien. Solange sich der Finanzminister mit dem Blatte trage, die über 10 Millionen Mark auflösenden Schatzkassen zu beirätigen, könne die Finanzlage des Landes nicht bedenklich stimmen.

Im Ausschuss bestand allgemeine Übereinstimmung, daß in der übermühten Woche in öffentlicher Landtagssitzung zum Staatshaushaltsplan Stellung genommen werden müsse.

Abg. Boigt (Dsp.) berichtete über einen Antrag seines Partei, die im ordentlichen Staatshaushaltsplan für 1929 eingestellten Mittel, soweit sie sich auf Neubauten und Weiterführung von Bauten beziehen, zu genehmigen und die Regierung zu ermächtigen.

### Diese Beträge bereits jetzt zu veranschlagen.

Es handelt sich um Etatspositionen aus 14 Kapiteln im Gesamtbetrag von rund 10 Millionen Mark. Der Ausschuss erbot den Antrag zum einstimmigen Beschluß.

Ein kommunistischer Antrag, der eine Staatsanleihe im Interesse von Wohnungsbaudarlehen forderte, fand keine Mehrheit, dagegen ein solcher der SPD., der hierfür 30 Millionen Mark auf dem Wege des Darlehns beschafft wissen will, die den Gemeinden und Bezirksverbänden nach den Bedingungen der Abgabe der Mietsteuer zur Verfügung gestellt werden sollen.

## Einfall der Russen in die Mongolei?

X London, 14. Juni. In großer Aufmachung und unter der Überschrift "Eingriff der Sowjetregierung in China" berichtet "Daily Express" aus Peking:

Rußland hat den ersten Kriegsschritt gegen China unternommen als Folge der kürzlichen chinesischen Grenzverletzungen in der Mandchurei, wo der Kampf um den Besitz der sibirischen Ostbahn geht. Sowjettruppen haben bereits die sibirische Grenze überschritten. Posten sind in Chailar (Mongolei) errichtet worden, und Sonderzüge eilen mit Verstärkungen auf der Transsibirischen Eisenbahn herbei. Diese neuen Truppen werden an der russisch-chinesischen Grenze zusammengeschoben werden. Der Diktator der Mandchurei, Tschangshiliang, der Sohn und Nachfolger Tschangshihai, hat einen dringenden Appell nach Peking geschickt, in dem er Maßnahmen zum Schutze seines Gebietes fordert. Eine Volkshilfe des Zentralvolkskongresses ist in Eile einberufen worden, um die drohende Lage zu erwägen. Die Regierung in Peking erhielt auch Telegramme von chinesischen Konsuln in Rußland, nach denen die chinesischen Konsulate von russischen Truppen umstellt sind.

Einem Bericht des "Daily Telegraph" aus Peking zufolge hat Tschangshiliang der Peking-Regierung versichert, daß er die Grenze ausreichend zu schützen vermöge. Tschangshiliang läßt die Zahl der nördlich der Großen Mauer lebenden chinesischen Truppen auf 300 000 voll ausgerüstete Mannschaften, die über Feldgeschütze, Haubitzen und reich-

liche Munition verfügen; die Peking-Regierung hat jedoch, nach dem Bericht des "Daily Telegraph", den Zentralvolkskongress einberufen, um über diplomatische Aktionen Beschlüsse zu fassen. Die Haltung Japans werde eingehend betrachtet. Man nehme an, daß Tokio eingreifen werde, wenn Beweise vorhanden seien, daß die russische Invasion ein Ausmaß annehme, das die ganze Mandchurei gefährden könne. Die chinesischen Truppen seien bereits in einer Art Mobilisierung begriffen.

In einem Vortragsartikel führt "Daily Telegraph" aus, wenn die Information des Gouverneurs der Mandchurei den Tatsachen entspreche, könne sich die Lage sehr ernst gestalten, abgesehen davon, daß diese Aktion die Aufrichtigkeit der Annahme des Kellogg-Pakts befeuchte. Rußlands Absicht gehe vielleicht dahin, die äußere Mongolei zu annektieren, die eine nominell unabhängige und hilflose Republik bilde, und ferner einen Teil der chinesischen Mongolei zu besetzen, bis Benutzung für die Ueberfälle auf die russischen Konsulate gegeben werde. Sollte die Mandchurei selbst angegriffen werden, so könne das ein Eingreifen Japans zum Schutze seiner ausgedehnten Wirtschaftsinteressen in dieser Provinz zur Folge haben. Wenn es wirklich zu Feindseligkeiten komme, so könne dadurch die gesamte internationale Lage im fernsten Osten in die ungewisse und gefährliche Lage zurückgeworfen werden, aus der sie herangeführt zu sein schien.

äußerer verteidigen. Sollte man die SPD. aber verbieten, so würden ihre illegalen Waffen noch fürchtbarer sein. Er empfahl entschiedene Arbeit in der Reichswehr und Volkswirtschaft und betonte, die Kommunisten würden am

1. August, ob erlaubt oder verboten, das Proletariat auffordern, gegen den imperialistischen Krieg zu demonstrieren und für die Verteilung der Sowjetunion es mit Waffen in der Hand.